



Neulußheim, 28.11.2023

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen,
unterstützt von Ingeborg Bamberg, Vertreterin von WfN im Gemeinderat.**

Wir beantragen, die für 2024 zu erwartenden geflüchteten Menschen statt in einer Containeranlage in Einzelhäusern unterzubringen, die hierfür von der Gemeinde erworben werden.

Begründung:

Wir nehmen Bezug auf die Sitzungsvorlage 77/2023 Unterbringung von Flüchtlingen/Anschaffung einer weiteren Containeranlage für T€ 700 zur Schaffung von 54 weiteren Unterkünften.

Diese Lösung hätte für die Gemeinde Neulußheim schwerwiegende negative Folgen:

Durch die Sammelunterkunft von über 100 Personen auf dem Gewerbegrundstück muss damit gerechnet werden, dass hier ein sozialer Brennpunkt entsteht. Wie die bisherige Erfahrung zeigt, werden hier wohl hauptsächlich alleinstehende Personen untergebracht werden müssen.

Durch die Anonymität in der Unterkunft ist zudem mit mehr Vandalismus zu rechnen.

Die veranschlagten Ausgaben von T€ 700 für die Containeranlage führen für die Gemeinde zu keinem langfristigen Vermögensgewinn, da die Container nach wenigen Jahren wirtschaftlich verbraucht sind. Da diese zudem innerhalb von 10 Jahren abgeschrieben werden müssen, wird der Haushalt in den kommenden Jahren mit mindestens T€ 70 p.a. belastet werden.

Wir beantragen daher, die geflüchteten Menschen statt in einer Containeranlage in Einzelhäusern unterzubringen, die hierfür von der Gemeinde erworben werden.

Verschiedene, hierfür infrage kommende Immobilien stehen derzeit zum Verkauf, siehe Anlage:

Der Erwerb von Immobilien zur Unterbringung von geflüchteten Menschen hat gegenüber der „Containerlösung“ für die Gemeinde wesentliche Vorteile:

Bessere Verteilung der Menschen im Ort, geringeres Risiko für soziale Brennpunkte, mehr Eigenverantwortung für die Bewohner durch kleinere Einheiten. Bessere Integrationsmöglichkeiten bei einer Unterbringung innerhalb des Wohngebietes.

Durch bessere Unterbringungsmöglichkeiten steigen die Chancen, dass Neulußheim Mitspracherecht bei der Auswahl der zugewiesenen Personen hat (auf die beigefügte Statistik zu Flüchtlingszahlen für Baden-Württemberg wird verwiesen).



Seite 2 des gemeinsamen Antrages vom 28.11.2023

Weitere Vorteile für die Gemeinde:

Die Immobilien und somit Unterbringungsmöglichkeiten sind rasch verfügbar.

Wie die nachfolgende Beispielrechnung für aktuell verfügbare Immobilien zeigt, erhält die Gemeinde durch den Immobilienerwerb allein durch die Grundstückswerte erhebliche Vermögenszuwächse. Diese Immobilien können dann später auch wieder verkauft werden, was nachfolgenden Gemeinderatsgenerationen wertvolle Spielräume verschafft.

Bezogen auf den gesamten Investitionswert entfällt nur auf einen relativ geringen Teil eine Abschreibungspflicht, die im Vergleich zur Containeranlage auch viel länger ist (i.d.R. 50 Jahre). Dadurch wird der Ertragshaushalt (Gewinn- und Verlustrechnung) deutlich weniger belastet als mit der Containerlösung.

Kein zusätzlicher Personalaufwand für die Gemeinde, wenn die eigentliche Objektbetreuung an eine professionelle Hausverwaltung vergeben wird, die bereits Erfahrung mit vergleichbaren Objekten hat.

Finanzielle Auswirkung

Berechnung auf Basis von derzeit am Immobilienmarkt verfügbaren Immobilien:

Gesamtkosten		Unterbringungsmöglichkeit für	
Haus 1:	T€ 460 =>	zu finanzieren	22 Einzelpersonen
davon Grundstückanteil:	T€ 305 =>	abschreibungspflichtig: T€ 155	
Haus 2:	T€ 461 =>	zu finanzieren	10 Einzelpersonen
davon Grundstückanteil:	T€ 165 =>	abschreibungspflichtig: T€ 296	
Haus 3:	T€ 387 =>	zu finanzieren	8 Einzelpersonen
davon Grundstückanteil:	T€ 328 =>	abschreibungspflichtig: T€ 59	

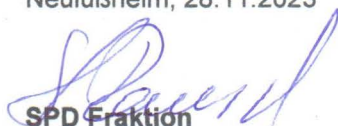
Zusammenfassung Unterkünfte für ca. 40 Personen


Zu finanzieren:	T€ 1.308
Hiervon Vermögenszuwachs für Gemeinde alleine durch die Grundstückswerte somit abschreibungspflichtiger Anschaffungswert für 3 Häuser:	T€ 798
Bei einer Abschreibungsdauer von 50 Jahren ergibt sich eine AfA von T€ 10 p.a.	T€ 510

Eine präzise Finanzierungsrechnung wird nachgereicht, sobald die Verwaltung die Vergütungssätze des Kreises/Landes für die Unterbringung pro geflüchteter Person/Monat mitteilt.

Wir beantragen daher die Übermittlung der Zahlen.

Neulußheim, 28.11.2023


SPD Fraktion


Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen


Ingeborg Bamberg
Wir für Neulußheim